Mehrheit der Schweizer will eine starke Armee

Autor(en): **Tresch, Tibor Szvircsev**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **88 (2013)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-716805

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Mehrheit der Schweizer will eine starke Armee

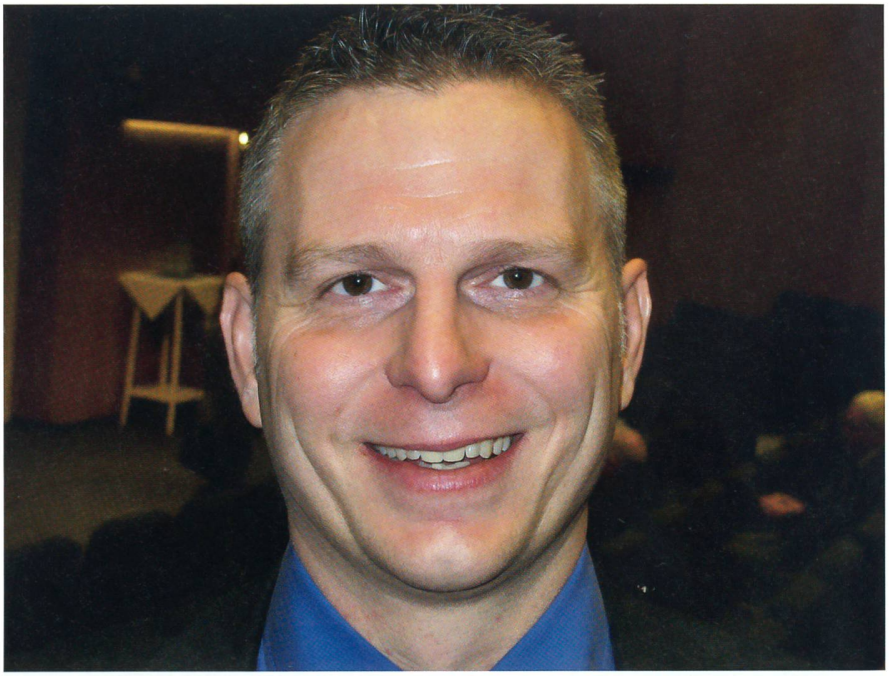
Die Resultate der Studie «Sicherheit 2013» der ETH Zürich zeigen: Eine Mehrheit der Bevölkerung hält die Schweizer Armee für notwendig und relevant.

VBS-INTERVIEW MIT TIBOR SZVIRCSEV TRESCH, DOZENT FÜR MILITÄRSOZIOLOGIE AN DER MILITÄRAKADEMIE

Die Resultate der Studie «Sicherheit 2013» der ETH Zürich (Militärakademie und Center for Security Studies) zeigen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung die Armee für notwendig und relevant hält. Die Allgemeine Wehrpflicht und die Milizarmee finden aktuell die Unterstützung einer Mehrheit, wie die alljährlich durchgeführte Befragung zeigt:

- 72% der Stimmbevölkerung erachten die Armee als notwendig
- 62% der Stimmbevölkerung wünschen sich eine starke Armee
- 65% der Stimmbevölkerung sind gegen die Abschaffung der Wehrpflicht
- 56% der Stimmbevölkerung sprechen sich für eine Milizarmee aus
- 37% der Stimmbevölkerung sprechen sich für eine Berufsarmee aus.

Tibor Szvircsev Tresch ist Dozent für Militärsoziologie an der MILAK und Leiter der Studie Sicherheit 2013. Im folgenden VBS-Interview spricht er über die Einstellung der Bevölkerung zu aussen-, verteidigungs- und sicherheitspolitischen Fragen.



Tibor Szvircsev Tresch führte auch die neue ETH-Umfrage zur Sicherheit 2013 durch: «Verstärktes Streben nach aussenpolitischer Autonomie».

Wo sehen Sie in der neuen Studie die markantesten Veränderungen im langjährigen Vergleich?

Tibor Szvircsev Tresch: Das Interessante an der Studie «Sicherheit 2013» ist, dass die Einstellungen der Schweizer Bevölkerung zu aussen-, verteidigungs- und sicherheitspolitischen Fragen eine bemerkenswerte Konstanz aufweisen, das heisst, die meisten erfragten Einstellungsmuster sind über die Zeit gleich.

Gibt es Veränderungen?

Tresch: Es lassen sich dennoch im langjährigen Vergleich gewisse Veränderungen in der Haltung der Schweizer Bevölkerung beobachten, welche weniger Ausdruck einer kurzfristigen Einstellungsänderung denn einer veränderten Grundhaltung sind. Hervorzuheben sind drei Thematiken.

Wie steht die aussenpolitische Öffnung?

Tresch: Es zeichnet sich seit 2011 ein verstärktes Streben nach aussenpolitischer Autonomie ab. Während eine politische Annäherung an die oder teils auch ein Beitritt zur EU in den 90er-Jahren noch die Zustimmung einer knappen Mehrheit gefunden hätte, ist in den letzten Jahren nur noch eine Minderheit der Schweizer Bevölkerung positiv gegenüber einer institutionellen Öffnung gegenüber der EU eingestellt.

Wo stehen die Verteidigungsausgaben?

Tresch: Im langjährigen Vergleich hat sich insbesondere die Haltung der Schweizer Bevölkerung gegenüber der Höhe der Verteidigungsausgaben gewandelt. In den 80er- und 90er-Jahren wurde noch sehr deutlich die Meinung vertreten, dass die Ausgaben zu hoch oder gar viel zu hoch seien. In den letzten Jahren ab 2008/2009 zeigt sich, dass die Ansicht, dass die Ausgaben zu hoch seien, und die Sichtweise, dass sie gerade richtig sind, in der Schweizer Bevölkerung ähnlich oft vertreten wird. Dies ist ebenfalls 2013 der Fall. 2013 kann also als ein Jahr gesehen werden, das im finanzpolitischen Bereich als armeefreundlich gesehen werden kann.

Wo die Wehrform?

Tresch: Die Frage nach der Streitkräfteform und die Frage, ob eine Berufsarmee einer Milizarmee vorzuziehen sei, wurde in den 80er-Jahren klar für die Milizarmee beantwortet, aber seit Mitte der 90er-Jahre spaltete sie die Bevölkerung in etwa zwei gleich grosse Lager. Seit 2012 lässt sich jedoch beobachten, dass eine Milizarmee einer

Berufsarmee wieder deutlich vorgezogen wird. Es lässt sich aber bis anhin nicht schlüssig sagen, ob diese Veränderung eher Ausdruck einer kurzfristigen Schwankung oder einer grundlegenden Änderung in der Haltung gegenüber der Wehrform ist.

Welche Erkenntnisse ziehen Sie aus der klaren Zustimmung zur Allgemeinen Wehrpflicht?

Tresch: Der Verlauf der Zustimmung zur Wehrpflicht über die Jahre zeigt, dass diese sehr volatil ist und stark von der aktuellen Diskussion abhängig ist. Waren 2010 noch 45% für eine Abschaffung der Wehpflicht, sank der Wert auf 38% im Jahr 2011, um im Jahr 2012 erneut auf 48% zu steigen. Zum Zeitpunkt der Erhebung 2013 lag die Zustimmung zur Abschaffung der Wehrpflicht bei 33%.

Woher rührt der Unterschied 2012/13?

Tresch: Wie erwähnt, scheint die Einstellung zur Wehrpflicht von der öffentlichen Diskussion besonders beeinflusst zu werden. Die 15prozentige Veränderung zwischen 2012 und 2013 zu Gunsten der Wehrpflicht kann dahingehend interpretiert werden, dass im Verlaufe des Jahres 2012 die Befürworter der Wehrpflicht sich in der Öffentlichkeit zu Wort meldeten und Befürchtungen bei der Abschaffung der Wehrpflicht in den Medien genannt wurden.

Eine Erkenntnis ist, dass die Meinungsbildung zur Wehrpflicht teilweise stark beeinflussbar ist. Daraus folgernd kann vermutet werden, dass sich der Anteil von 33%, welche die Wehrpflicht abschaffen wollen, zwischen dem Erhebungszeitpunkt im Januar 2013 und der Abstimmung über die Wehrpflichtabschaffungs-Initiative der GSoA am 22. September noch stark verändern kann.

In welche Richtung kann es sich verändern?

Tresch: Sowohl in die eine als auch in die andere Richtung, abhängig von den in der Öffentlichkeit diskutierten Argumenten.

In welcher Abhängigkeit zu den aussenpolitischen Ereignissen und Entwicklungen sehen Sie die Resultate der diesjährigen Befragung?

Tresch: Aussenpolitische Ereignisse können einen Einfluss auf die Einstellungen der Schweizer Bevölkerung gegenüber der im Rahmen dieser Studie erfassten Fragen haben. Ein solcher Zusammenhang kann aber jeweils nur vermutet werden. So scheinen die Schulden- und Finanzkrise sowie die bewaffneten Konflikte im arabischen Raum einen Einfluss auf die Wahrnehmung der Entwicklung der weltpolitischen Lage zu haben.

Wie zeigt sich das in Ihren Umfragen?

Tresch: Dies zeigt sich an der markant düsteren Einschätzung der weltpolitischen Entwicklung durch die Schweizer Bevölkerung. Ebenso kann vermutet werden, dass das starke Streben nach aussenpolitischer Autonomie damit zusammenhängt.

Welche Rolle spielt die Wirtschaftskrise?

Tresch: Im Speziellen fällt die im langjährigen Vergleich tiefe Zustimmung zu einer Annäherung und seit 2011 zu einem Beitritt zur EU auf. Hier folgern wir, dass dieses Meinungsbild direkt mit der Wirtschaftskrise in Europa in Verbindung gebracht werden kann.

Erstmalig wurde 2013 die Einstellung zu verschiedenen positiven und negativen Aussagen über die allgemeine Wehrpflicht erhoben. Wie werten Sie die Ergebnisse?

Tresch: Die negativen und positiven Aspekte zur Wehrpflicht wurden in diesem Jahr zum ersten Mal erhoben. Es gibt deshalb keine Vergleichszahlen und eine Wertung der Resultate ist schwierig. Dennoch, auffallend ist, dass alle positiven Aspekte der Wehrpflicht von einer Mehrheit der Befragten befürwortet werden. Hingegen die negativen Aspekte, bis auf eine Ausnahme, ebenfalls von einer Mehrheit abgelehnt bzw. nur von einer Minderheit unterstützt werden.

Wie deuten Sie das?

Tresch: Wir interpretieren dies in der Weise, dass die Bevölkerung den positiven Aspekten der Wehrpflicht mehr Gewicht zugesteht als den negativen. Ein weiterer Befund ist, dass die Frage nach der Wehrpflicht die Schweizer Bevölkerung zwischen jung und alt und zwischen links und rechts spaltet, wir also von zwei gegensätzlichen Lagern sprechen müssen.

Oberst Andreas Widmer: Miliz gegen Raubbau an Kampf- und Schutzbauten

Die Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee (AWM) fordert Bundesrat und Parlament auf, für die Armee genug Mittel zur Verfügung zu stellen.

Der vom Parlament beschlossene Ausgabenplafond von 5 Mia. Franken für die Armee muss eingehalten werden. Die Pläne des Bundesrates, bei den Infrastrukturen der Armee einen Kahlschlag vorzunehmen, werden von den Milizorganisationen zurückgewiesen.

Gemäss den in den Medien verbreiteten Absichten des Bundesrates soll die Schweizer Armee in einem weiteren Reformschritt bestandesmässig halbiert werden. Der Bundesrat will der Armee dabei weiterhin die dringend notwendigen Mittel verweigern und nimmt so bewusst in Kauf, dass die materielle Bereitschaft und die Infrastrukturen Schaden nehmen.

Die in der AWM zusammengeschlossenen Milizverbände kritisieren diese Pläne. Da sich das Parlament mehrfach und deutlich für einen Ausgabenplafond von 5 Mia. Franken für die Armee ausgesprochen hat, ist es unverständlich, dass der Bundesrat in einer Obstruktionshaltung einen derartigen Raubbau an der Armeeinfrastruktur vornehmen möchte.

Die Weiterentwicklung der Armee beinhaltet begrüssenswerte Verbesserungen in der Ausbildung unserer Soldaten und Kader.

Um diese effizient zu betreiben, benötigt es entsprechende Ausbildungsinfrastrukturen auf Waffen- und Schiessplätzen – improvisierte Schiessübungen auf Alpweiden und in Kiesgruben müssen der Vergangenheit angehören.

Die notwendigen Ausbildungsinfrastrukturen müssen langfristig gesichert werden und dürfen nicht aufgrund kurzfristig zu erzielender Einsparungen geschlossen werden. Der kurzsichtigen und primär finanzgesteuerten Armeeplanung des Bundesrates sollen aber auch zahlreiche Kampf-, Führungs-, Logistik- und Schutzbauten zum Opfer fallen.

Diese höchst wertvollen, bewährten Bauten und Anlagen, die der Armee als Basis für ihre Einsätze dienen und über viele Jahrzehnte aufgebaut und perfektioniert wurden, sollen nun mit einem Federstrich vernichtet werden.

Dies gefährdet nicht nur die Einsatzfähigkeit der Armee, sondern richtet in den betroffenen Regionen einen erheblichen volkswirtschaftlichen Schaden an. Zu Recht haben sich auch die Kantone bereits gegen diese Pläne ausgesprochen.

Oberst Andreas Widmer,
Präsident AWM